

MEDIENTAGE MÜNCHEN 2020 vom 24. bis 30. Oktober
#StopHateForProfit – Insights into a Powerful Movement

Zehn Forderungen an Facebook

München – Die Bewegung #StopHateForProfit hatte im Sommer 2020 zu einem Werbeboykott aufgerufen, dem über 1.100 namhafte Marken folgten. Die Kampagne setzte damit nicht nur in den USA ein Zeichen gegen Hass und Hetze im weltweiten Datennetz. Wie es dazu kam, berichtete Jessica J. González im Rahmen der MEDIENTAGE MÜNCHEN in einer Live-Zuschaltung aus Los Angeles.

Jessica J. González ist Anwältin und Aktivistin für Netzneutralität, kämpft für bezahlbares Internet, für Anti-Diskriminierung und Chancengleichheit. Sie bündelt ihr Engagement als Co-Vorsitzende der Organisation „Free Press“, welche sich der Bewahrung demokratischer, diskriminierungsfreier Prinzipien in den Medien verpflichtet hat. Zuvor war sie Mitbegründerin von „Change the Terms“, einer Koalition von mehr als fünfzig Bürgerrechts- und Digitalrechtsgruppen, die sich dafür einsetzen, Online-Hass zu unterbinden.

Hinter dem Hashtag „StopHateForProfit“ stehen außer Free Press weitere US-Organisationen wie „Color of Change“, „Common Sense“, „National Hispanic Media Center“ und „Mozilla“. Die breit aufgestellte und kontinuierlich wachsende Vereinigung aus „Akademikern, Aktivisten und Technikern“ habe, so erklärte González, den „Medienbereich als Ganzes“ im Visier, besonders aber Facebook: „Wir wollen, dass Facebook als weltweit größter Social-Media-Konzern gegen den auf der Plattform grassierenden Rassismus, rapide zunehmende Falschinformationen, Verschwörungstheorien und Hate Speech vorgeht.“ Die Richtlinien und die Stellungnahmen des Unternehmens zu Hassreden, Einflussnahme auf Wahlen und Aufrufen zur Gewalt gegen Minderheiten seien nach wie vor schwach und ermöglichten es entsprechenden Gruppen, dort zu wachsen: „Eine Anleitung zur Katastrophe“, nannte das González. „Die Medien sollten den Menschen dienen und ihnen eine Stimme geben – und zwar eine gerechte. Um das zu erreichen, müssen wir den Fluss der Falschinformation stoppen.“

Gegen die Verbreitung von Hass und Desinformation formulierte #StopHateForProfit zehn Forderungen, unter anderem nach dem Einsatz von Bürgerrechts-Experten im Unternehmen, nach transparenter Dokumentation der Verbreitung von Hate Speech sowie nach entsprechenden Gegenmaßnahmen bis zur Implementierung „kulturkompetenter“ Moderatoren. Laut „Wall Street Journal“ fänden sich 64 Prozent der Mitglieder radikaler Gruppen auf Facebook durch das Facebook-eigene Empfehlungssystem, berichtete González.

#StopHateForProfit griff zur effektivsten Maßnahme, die der Markt zur Verfügung hat: Anzeigenentzug. Die Geschlossenheit der hinter der Kampagne stehenden Nichtregierungsorganisationen (NGO) motivierte im Juli 2020 etwa 1.100 Firmen, darunter Konzerne wie Adidas, Coca-Cola, Audi und Beiersdorf, ihre Werbebudgets für einen Monat von Facebook abzuziehen. Einige haben ihre Werbung dauerhaft abgezogen.

Das Resultat der #StopHateForProfit-Kampagne für Facebook: González berichtete von 56 Milliarden Dollar Verlust bei den Werbeeinnahmen und dem Kursrutsch der Facebook-Aktie um acht Prozent an einem Tag. „Verstehen Sie mich nicht falsch: Mark Zuckerberg war vor unserer Kampagne Milliardär und ist es heute noch“, sagte González. „Aber wir bekamen die nötige Aufmerksamkeit.“

Die Initiatoren von #StopHateForProfit wollten Werbebudgets auf Medien umlenken, die den demokratischen Gedanken unterstützen, erklärte González weitergehende Maßnahmen gegen das Geschäftsmodell von Facebook und anderen sozialen Online-Netzwerken. „Die Plattformen verdienen ihr Geld damit, dass wir die Augen nicht vom Bildschirm lassen können. Sie müssen eine Art „Empörungslevel“ am Leben halten – und das funktioniert bestens mit Fake News. Die Dauerpräsenz auf den Seiten ermöglicht dann unlimitierte Datensammlung.“

Im Hinblick auf die US-Wahl sagte González: „Es steht Einiges auf dem Spiel, und Facebook verhindert bis heute keine Veranstaltungshinweise mit Aufrufen zu Gewalt. Aber es gibt jede Menge Menschen, die sich im und außerhalb des Netzes zum Schutz der Demokratie versammeln.“

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.medientage.de.